

ersatzkasse report.



IN DIESER AUSGABE NEUER DKG-PRÄSIDENT | NEUJAHRSEMPFANG | GELEBTE PRÄVENTION IM SÜDWESTEN | FILM FÜR GESUNDHEITSMINISTERIN | HONORAR 2015 FÜR ÄRZTE UND ZAHNÄRZTE UNTER DACH UND FACH

BADEN-WÜRTTEMBERG

VERBAND DER ERSATZKASSEN. MÄRZ 2015

VDEK

Wir zeigen im Südwesten passgenaue Lösungen auf



FOTO: pesikova - Fotolia.com

Das Gesundheitswesen braucht passgenaue Lösungen. So sind gesundheitspolitische Herausforderungen in den übrigen Bundesländern, allein schon wegen struktureller und topografischer Unterschiede, andere als im Südwesten der Republik.

Der Verband der Ersatzkassen (vdek) hat sich mit weiteren Krankenkassenverbänden im Rahmen von B 52 intensiv mit der Prävention und Gesundheitsförderung befasst. Ein Projektbericht über die kommunalen Gesundheitskonferenzen liegt ebenso vor wie die Etablierung des Förderpreises „Gesunde Kommune“, der in 2015 bereits zum dritten Mal ausgeschrieben wird und die Prävention im Südwesten weiter dynamisiert.

Außerdem liegt ein 24seitiges Fakten- und Positionspapier zur Krankenhausversorgung in Baden-Württemberg vor und liefert sinnvolle praktische Ansätze.

LANDESPRESSEKONFERENZ

Neue Struktur – Notfallpraxis als Erfolgsmodell

Auf der Landespressekonferenz in Stuttgart stellte der Leiter vdek-Landesvertretung Baden-Württemberg, Walter Scheller, fest: „Die neue Struktur im ärztlichen Bereitschaftsdienst besteht seit gut einem Jahr. Die Notfallpraxis ist ein Erfolgsmodell.“

Beginnen wir doch mit einem praktischen Beispiel aus dem Landkreis Biberach: Seit nunmehr einem Jahr gibt es dort die Notfallpraxis an einer Klinik in Biberach. Außerdem gibt es seither immer zwei Ärzte im Fahrdienst, die Notfallpatienten zu Hause besuchen. In einem Bericht der Allgäuer Zeitung vom 9. Februar heißt es: „Das Ganze läuft mittlerweile sehr gut“, so Dr. Arnulf Haas aus Ochsenhausen, Vorsitzender der Kreisärzteschaft. Nicht alle Mediziner im Landkreis waren zu Beginn von dem neuen Notdienstmodell überzeugt. Einer der Kritiker war Dr. Harald Rothe aus Laupheim, schreibt die Allgäuer Zeitung weiter. Für einen Flächenlandkreis wie den hiesigen sei eine zentrale Notfallpraxis ungeeignet, weil die Entfernungen für viele Patienten zu groß seien. Die Versorgungsqualität im Notdienst werde sich deutlich verschlechtern, prophezeite er damals. Jetzt, im Januar 2015, sagt Rothe gegenüber der Allgäuer Zeitung: „Ich muss mein Urteil absolut revidieren, es läuft problemlos.“ Er habe bis jetzt nichts Schlechtes über die Notfallpraxis gehört. Er wisse, dass sich auch mehrere seiner Patienten in Notfällen auf den Weg

nach Biberach gemacht hätten. „Soweit ich das mitbekommen habe, waren alle zufrieden“, sagt Rothe. Natürlich müsse man zu bestimmten Stoßzeiten etwas länger warten, „aber das funktioniert schon“, zitiert ihn die Zeitung weiter. Weiter heißt es, dass die Regelung auch für ihn als Arzt Vorteile habe. So habe er nur noch sechs Mal pro Jahr Notdienst. „Teilweise muss ich noch nicht mal die machen, weil es einen großen Andrang von jungen Kollegen der Uni Ulm gibt, die gerne den Dienst übernehmen.“ Das bestätigt auch Arnulf Haas: „Für die jungen Mediziner ist es finanziell lukrativ, solche Dienste zu übernehmen.“

Ziel erreicht

Das Ziel, das mit der zentralen Notfallpraxis erreicht werden sollte, nämlich die ärztliche Versorgung nachts und am Wochenende sicherzustellen und gleichzeitig die Arbeitsbelastung der Ärzte zu reduzieren, sei aufgegangen, findet Haas. „Vor allem im ländlichen Bereich hatten Kollegen vor der Zusammenlegung der sieben Notdienstbezirke im Landkreis teilweise bis zu 30 Notdienste jährlich zu leisten. Jetzt



Ja zur Investitionsquote für Krankenhäuser!

FOTO vdek



von
WALTER SCHELLER
Leiter der
vdek-Landesvertretung
Baden-Württemberg

Obleich wir in Deutschland bei den Gesundheitskosten weltweit auf einem Spitzenplatz liegen, schneiden wir bei der Qualität vergleichsweise mittelmäßig ab. Mein Standpunkt ist bekannt: Wenn ein Krankenhaus nachweislich über einen längeren Zeitraum eine schlechte Qualität zeigt, muss das Konsequenzen haben – bis hin zum Ausschluss aus der Versorgung. Auch die Planung von Krankenhäusern durch das Land und die Budgetverhandlungen mit den Krankenkassen sollten sich strikt an Qualitätskriterien orientieren. Dazu brauchen wir verbindliche Qualitätsstandards. Wichtig ist für mich außerdem, dass sich das Land beim Thema Investitionsfinanzierung ausreichend zu seiner Verantwortung bekennt. Hier sind bisher zwar Ansätze erkennbar, diese reichen jedoch noch lange nicht aus. Ich trete deshalb für eine feste Investitionsquote ein. Eine schlechende Verlagerung der Kosten allein auf die Beitragszahler, ist für mich nicht länger hinnehmbar. Der angedachte Strukturfonds kann helfen, die Krankenhausstruktur aufzubauen. Bei Bedarf etwa für die Umwidmung in geriatrische Zentren oder in medizinische Versorgungszentren. Aber dies muss in gemeinsamer und gleichberechtigter Verantwortung von Land und Krankenkassen sowie den Krankenhausträgern entschieden werden.



sind es noch etwa sechs.“ Verbessert habe sich auch die Vergütung der Ärzte. Wer einen solchen Dienst übernimmt, hat allerdings auch mehr zu tun als bei der früheren Notdienstregelung. So gebe es an den Wochenenden Stoßzeiten zwischen 10 und 17 Uhr. Wer Fahrdienst habe, lege schon mal bis zu 400 Kilometer zurück. „Das sind dann schlaflose Nächte“, sagt Rothe. Sein Kollege Haas ist überzeugt davon, dass sich inzwischen auch die Patienten an die neue Notdienststruktur gewöhnt haben und sie annehmen. „Ich habe noch keine statistischen Zahlen, aber wir wissen, dass auch Patienten aus der Peripherie nach Biberach kommen.“

Anfang 2014 trat die neue Struktur im ärztlichen Bereitschaftsdienst im Land in Kraft. Nach einem Jahr ziehen die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW) und die Krankenkassen deshalb eine positive Bilanz. KVBW-Vize Dr. Johannes Fechner sagte: „Mit der Reform des ärztlichen Bereitschaftsdienstes haben die Patienten heute am Wochenende und an den Feiertagen in allen Stadt- und Landkreisen bis auf Tübingen 114 zentrale Notfallpraxen als Anlaufstellen. Sie sind

»Ich muss mein Urteil absolut revidieren, es läuft problemlos.«

meist an Krankenhäusern angesiedelt. Diese Struktur hat sich bewährt und wird von den Patienten gut angenommen.“ Vor allem habe sich gezeigt, dass die neue Struktur für alle Beteiligten Vorteile mit sich bringe: „Durch die festen Anlaufstellen müssen die Patienten nicht mehr recherchieren, welcher Arzt Bereitschaftsdienst hat, sie können ohne Voranmeldung in eine der Notfallpraxen kommen und werden dort versorgt. Auch die längeren Anfahrtswege haben sich nicht negativ ausgewirkt. Wir gewährleisten, dass die Patienten in Baden-Württemberg innerhalb von etwa 30 Minuten eine Notfallpraxis erreichen. Rund 80 Prozent der Einwohner benötigen sogar



FOTO KKH

DIE ÄRZTLICHE VERSORGUNG NACHTS UND WOCHENENDE IST IM LAND SICHERGESTELLT. Das Ziel, damit gleichzeitig die Arbeitsbelastung der Ärzte zu reduzieren, ist aufgegangen.

nur weniger als 20 Minuten.“ Nach Fechners Worten ist die Zufriedenheit unter den Patienten hoch: „Wir haben im Oktober unter den Patienten eine Umfrage durchgeführt und die Zufriedenheit mit dem Service der Notfallpraxen abgefragt. Die Ergebnisse sind ausgezeichnet: In fast allen Kategorien haben die Patienten Bestnoten erteilt. Besonders freut es uns, dass die Freundlichkeit des Personals und die Behandlung durch die Ärzte hervorragend benotet wurden, das ist eine tolle Anerkennung für die Teams. Insgesamt 95 Prozent der befragten Patientinnen und Patienten würden die Notfallpraxis weiterempfehlen.“

Aber nicht nur für die Patienten, auch für die Ärzte und die Krankenhäuser habe die Reform große Vorteile mit sich gebracht: „Als wir 2011 mit der Reform begonnen haben, haben wir eine äußerst zersplitterte Struktur im Notfalldienst vorgefunden. Dies hat vor allem zu sehr unterschiedlichen Dienstbelastungen zwischen Stadt und Land geführt. Durch die Reform haben wir erreicht, dass die Ärzte nicht mehr als sieben Dienste im Jahr leisten müssen. In vielen Bezirken ist das eine drastische Reduzierung, da sie vorher teilweise mehr als 50 Dienste im Jahr hatten. Und die Krankenhäuser profitieren davon, weil wir ihre Notfallambulanz entlasten, so dass die dort tätigen Ärztinnen und Ärzte sich um die Patienten kümmern können, die auch wirklich eine Behandlung durch das Krankenhaus benötigen.“

Dr. Christopher Hermann, Vorstandsvorsitzender der AOK Baden-Württemberg,

betonte: „Wir haben den Reformansatz der KVBW von Anfang an unterstützt. Wir sehen hier ein großes Potenzial in der Zusammenarbeit zwischen den ambulant tätigen Ärzten und den Krankenhäusern, die zu effizienteren Strukturen führt. Deshalb hat alleine die AOK Baden-Württemberg 2014 und 2015 jeweils rund 5 Millionen Euro für die Finanzierung bereitgestellt. Wir kommen damit – im Gegensatz zu den privaten Krankenversicherungen – unserem Beitrag nach. Außerdem begrüßen wir, dass die Notfallversorgung selbstverständlich auch die Versorgung der Patienten in den Selektivverträgen umfasst.“

Verbesserte Versorgung der Versicherten

Für die B 52-Verbändekooperation Baden-Württemberg, zu der der BKK Landesverband Süd, die IKK classic, die Knappschaft und die Ersatzkassen gehören, stellt die Reform des Notfalldienstes einen wichtigen Baustein in der Versorgung dar. Der Leiter des Verbands der Ersatzkassen (vdek) – Landesvertretung Baden-Württemberg, Walter Scheller, stellte für die B 52-Verbändekooperation fest: „Für uns sind der Nutzen und die Verbesserung der Versorgung unserer Versicherten das

Entscheidende. Wir wissen, dass der Notfalldienst für die niedergelassenen Ärzte eine große Belastung darstellt. Umso mehr begrüßen wir die Reform, weil sie durch die gleichmäßige Verteilung der Notfalldienste die Attraktivität des Arztberufes erhöht und damit einen Beitrag leistet, dass junge Mediziner sich auch in Zukunft in Baden-Württemberg niederlassen. Schließlich wissen wir aus zahlreichen Untersuchungen, dass für junge Mediziner die Belastung im Notfalldienst zu den Hauptkriterien für die Entscheidung über die Niederlassung gehört. Aus diesem Grund stellen wir für die Neuorganisation des Notfalldienstes jährlich über 6 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung.“

Richtungsweisendes Projekt

Nach Fechners Worten hat das Projekt für die KVBW richtungsweisende Bedeutung. „Es ist das größte Projekt, das die KVBW bislang durchgeführt hat, die Reform hat nachhaltige Auswirkungen nicht nur für die Versorgung, sondern auch für die KVBW. Wir sind dadurch zentraler Dienstleister für unsere Mitglieder geworden, denn fast alle neu gegründeten Notfallpraxen sind in der Trägerschaft der KVBW, die damit

sowohl das Personal als auch die Räumlichkeiten und die Ausstattung stellt. Wir bieten den Ärzten im Fahrdienst einen eigenen Fahrservice an und haben die Finanzierung auf eine transparente und einheitliche Basis gestellt. Die KVBW entlastet damit die Ärzte von vielen bürokratischen Aufgaben im Notfalldienst. So dass sich die Ärzte nur noch um das kümmern müssen, was eigentlich ihre Aufgabe ist: Patienten zu behandeln.“

Fechner erläuterte den weiteren Fortgang der Reform: „Wir haben im fachärztlichen Bereich noch ein paar wenige Notfallpraxen, die wir gründen müssen. So wird am 1. Februar noch eine kinder- und jugendärztliche Notfallpraxis in Bad Mergentheim an den Start gehen. Auch eine Notfallpraxis in Tübingen werden wir wohl in diesem oder im nächsten Jahr gründen. Kurz vor Weihnachten haben wir mit den Landesverbänden des Deutschen Roten Kreuzes eine Vereinbarung über die Vermittlung der Anrufe geschlossen. Ab April 2015 werden damit alle Anrufe über die Leitstellen des DRK disponiert, so dass wir die Einsätze mit dem Notarzt und dem Rettungsdienst koordinieren können. Danach können wir die zentrale Rufnummer 116117 in Baden-Württemberg freischalten.“ ■



FOTO Bettina Uhrmann

WALTER SCHELLER, LEITER DER VDEK-LANDESVERTRETUNG BADEN-WÜRTTEMBERG, FREUTE SICH AUF DER LANDESPRESSEKONFERENZ ÜBER DIE GELUNGENE UMSTRUKTURIERUNG DES NOTFALLDIENSTES IM SÜDWESTEN: „Die Notfallpraxis ist ein Erfolgsmodell!“ Unser Foto zeigt von li. nach re.: Dr. Christopher Hermann/AOK, Dr. Johannes Fechner/KV Baden-Württemberg, Walter Scheller/Verband der Ersatzkassen sowie die Leiterin der Landespressekonferenz, Renate Allgöwer.

DKG-Präsident Thomas Reumann: „Es wird nicht jede Klinik überleben“

Ob als Landrat für die kommunale Gesundheitskonferenz im Landkreis oder als BWKG-Vorstandsvorsitzender für die Krankenhäuser. Er ist engagiert, konstruktiv und mit Sinn für das Machbare ausgestattet.

In einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung vom 20. Januar 2015 wird der neue Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft wie folgt zitiert: „Er halte es für unsinnig, jede Klinik um jeden Preis verteidigen zu wollen.“ Er spricht sich für „ein dreistufiges Klinikkonzept aus, das wohnortnahe Grundversorgung, spezialisierte Kliniken und Unikrankenhäuser vorsieht und miteinander verzahnt.“

Debatte führen

Die Tonlage jedenfalls scheint eine andere geworden zu sein. Bislang verlangte die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) laufend mehr Geld und äußerte sich wenig zur Struktur der Krankenhäuser. Der DKG-Präsident gegenüber der Zeitung: „Wenn das tatsächlich so war, müssen wir es hinter uns lassen.“ Der von ihm vertretene konstruktive Ansatz stimmt die Beteiligten und Verantwortlichen im baden-württembergischen Gesundheitswesen hoffnungsfroh. Thomas Reumann weiter: „Unsere Krankenhäuser sind Innovationsmotoren und ein wichtiger Wirtschaft- und Standortfaktor. Wir haben also viel, was wir in die gesellschaftliche Debatte über die Zukunft der Kliniken einbringen können.“ „Diese Debatte“, so der Leiter der vdek-Landesvertretung Baden-Württemberg, Walter Scheller, „werden wir mit ihm führen.“

Erneut aus dem Südwesten

Im November 2014 wurde Thomas Reumann von der DKG-Mitgliederversammlung



DER NEUE DKG-PRÄSIDENT THOMAS REUMANN IM EINSATZ: Ob als Landrat, als Vorstandsvorsitzender der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft, als Vorsitzender des Gesundheitsausschusses im baden-württembergischen Landkreistag, im sektorenübergreifenden Landesbeirat oder wie auf unserem Foto bei einer Veranstaltung mit Frank Winkler vom vdek über die kommunalen Gesundheitskonferenzen.

zum neuen Präsidenten der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) gewählt. Wieder ein Mann aus dem Südwesten, der nun Wolfgang Pföhler und Alfred Dänzer nachfolgt, was per se nicht schlecht ist. Thomas Reumann, 59 Jahre, ist Landrat des Kreises Reutlingen und seit 2012 Mitglied des Präsidiums der DKG. Er ist seit 2005 Landrat des Kreises Reutlingen, seit Juli 2009 Vorstandsvorsitzender der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft. Er leitet als Vorsitzender seit 2008 den Gesundheitsausschuss des baden-württembergischen Landkreistags und ist auch Mitglied des sektorenübergreifenden Landesbeirats. Reumann ist außerdem Vorsitzender des Gesundheitsausschusses des Deutschen Landkreistags in Berlin.

Der Landkreis Reutlingen betreibt als alleiniger Gesellschafter die Kreiskliniken Reutlingen GmbH mit den Häusern in Reutlingen, Bad Urach, Münsingen und Gammertingen. Reumann ist Vorsitzender des Aufsichtsrates. Von Haus aus ist er Jurist; seine berufliche Laufbahn führte ihn über verschiedene kommunale und öffentliche Ämter. Seit März 2014 ist er Mitglied der Enquete-Kommission des baden-württembergischen Landtags „Pflege in Baden-Württemberg – zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“. Im Rahmen der kommunalen Gesundheitskonferenzen engagiert er sich im Landkreis Reutlingen aktiv für die Prävention und Gesundheitsförderung. Die Amtsperiode des neu gewählten Präsidenten begann am 1. Januar 2015 und dauert drei Jahre. ■

NEUJAHRSEMPFANG

Sektoren übergreifender Austausch

Krankenhausreform, Versorgungsstärkungs-, Präventions-, oder Pflegestärkungsgesetz II. Über 170 Akteure aus dem baden-württembergischen Gesundheitswesen stimmen sich auf ein Jahr mit vielen Neuerungen ein.

Haifischbecken Gesundheitswesen? Dass es auch anders geht, beweist Jahr für Jahr der Neujahrsempfang der B 52-Verbändekooperation Baden-Württemberg, bei dem mehr als 170 Akteure aus dem Gesundheitswesen im Stuttgarter Literaturhaus zusammen kamen, um sich gemeinsam auf das neue gesundheitspolitische Jahr einzustimmen.

Für eine „konstruktive Fortführung des Baden-Württemberger Wegs“ warb Anton Hauptenthal von der B 52-Verbändekooperation – einer Arbeitsgemeinschaft des BKK Landesverbandes Süd, der IKK classic, der Knappschaft – Regionaldirektion München und des Verbandes der Ersatzkassen Baden-Württemberg. Beispielgebend für diesen Weg des Dialogs und der gemeinsamen Kompromissuche war der Empfang selbst: Im Beisein von Gesundheitsministerin Altpeter und Abgeordneten des Landtages diskutierten Vertreter aus allen Bereichen des Gesundheitswesens im Land angeregt über die anstehenden Herausforderungen.

Auch wenn das neue Jahr zahlreiche Änderungen für die Krankenkassen mit sich bringt, so „werden wir weiterhin gemeinsam zu wichtigen Fragen der Gesundheitspolitik Stellung nehmen, neue Impulse setzen und uns für mehr Qualität im Gesundheitswesen einsetzen“, betonte Hauptenthal. Neben den Dauerbrennerthemen Pflege, stationäre und ambulante Versorgung wird sich die B 52-Verbändekooperation im kommenden Jahr insbesondere mit der Umsetzung des Versorgungsstärkungsgesetzes, der Ausgestaltung des Präventionsgesetzes und der stärkeren Digitalisierung des Gesundheitswesens beschäftigen. ■



WIEDER WAREN BEIM DIESJÄHRIGEN NEUJAHRSEMPFANG DES KRANKENKASSENBÜNDNISSES IM SÜDWESTEN ALLE WICHTIGEN AKTEURE DES BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN GESUNDHEITSWESENS ANWESEND. Die Experten nutzen diese Plattform sehr gerne, um das gesundheitspolitische Jahr einzuläuten. Gesundheitsministerin Katrin Altpeter jedenfalls schätzt diese Form der Begegnung.

„Gesund und aktiv leben in Aidlingen“ · Aidlingen (Böblingen)
Ansprechpartner: Bürgermeister
Fauth · Tel.: 0 70 34 / 1 25-21
e.fauth@aidlingen.de

„Schaffung eines Aktivparks LE“
Leinfelden-Echterdingen (ES)
Ansprechpartner: Peter Löwy
Tel.: 07 11 / 1 60 02 47
p.loewy@le-mail.de

„Gesund aufwachsen und leben –
Naturerleben“ · Mühlburg (KA-Stadt)
Ansprechpartner: Norbert Hacker,
Anke Kelber · Tel.: 07 21 / 1 33 31 01
umwelt-arbeitsschutz@karlsruhe.de

„Begleitet wohnen zu Hause“
Wössingen-Walzbachtal (KA-Land)
Ansprechpartner: Theo Hartmann
Tel.: 0 72 03 / 34 60 35
krankenpflegeverein@kabelbw.de

„Gesundheit macht Schule“
Stadt Konstanz (KN)
Ansprechpartner: Herr Bunten
Tel.: 0 75 31 / 90 02 20
Roland.Bunten@konstanz.de

„Bürgerbeteiligung – Stadtteile ge-
meinsam und lebenswert gestalten“
Stadt Mannheim (Mannheim)
Ansprechpartner: Kathrin Heinrich
Tel.: 06 21 / 2 93 93 92
Kathrin.heinrich@mannheim.de

„Bewegungsfreundliche Kommune –
Altern und Bewegung“
Ketsch (Rhein-Neckar-Kreis)
Ansprechpartner: Michaela Issler-
Kremer, Dr. Christoph Rott
Tel.: 0 62 02 / 60 69 05 · christoph.
rott@gero.uni-heidelberg.de

„Bewegung für Alle!“
Eningen unter Achalm (Reutlingen)
Ansprechpartner: Bürgermeister Alex-
ander Schweizer · Tel.: 07 21 / 89 21 00

Im Südwesten wird Prävention und Gesundheits- förderung gelebt

„Net schwätze – mache!“ lautet ein geflügelter, jedoch gleichsam sehr wirkungsvoller Satz im Ländle. Die Krankenkassen des BKK Landesverbands Süd, der IKK classic, der Knappschaft und des Verbands der Ersatzkassen (vdek) „machen“ und setzen mit den Kommunen seit einigen Jahren Prävention und Gesundheitsförderung vor Ort um. Denn: Umgesetzte Prävention und Gesundheitsförderung vor Ort sind besser als Paragrafenlyrik. Prämiert wird das Ganze zudem.



FOTO: Silicya Roth

BMG-STAAITSSEKRETÄRIN ANNETTE WIDMANN-MAUZ KONNTE SICH BEI DER SEHR GUT BESUCHTEN VERANSTALTUNG ZUM JAHRESENDE VON VIELFÄLTIG UMGESETZTEN PROJEKTEN DER PRÄVENTION UND GESUNDHEITSFÖRDERUNG VOR ORT ÜBERZEUGEN. Sie vernahm dies gerne, denn gelebte Prävention und Gesundheitsförderung sind besser als Paragrafenlyrik. Unser Foto zeigt von li. nach re. Susanne Daiber, Geschäftsführerin Etiket-Schiller GmbH/Plüderhausen, Annette Widmann-Mauz/MdB – Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, Werner Somlai/Bürgermeister von Oberriexingen, Moderator Dr. Florian Staack von der Ärzte Zeitung und Hugo Schüle von B 52-Verbändekooperation Baden-Württemberg.

Am 26. November 2014 wurden von einer fachkundigen Jury wiederum acht Kommunen mit dem Förderpreis „Gesunde Kommune“ ausgezeichnet. Die Jury besteht aus Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, des Landesgesundheitsamts sowie beteiligter Krankenkassenarten. Zehn Städte und Gemeinden erhielten 2013 eine Auszeichnung. Die Vorbereitungen für 2015 laufen bereits.

Zum Beispiel Aidlingen

Die Gemeinde Aidlingen erhielt erneut die Auszeichnung als „Gesunde

Kommune“. Bereits 2013 war das Projekt „Gesund und aktiv leben in Aidlingen – auch im Alter“ von der Verbändekooperation B 52, zu der auch die Ersatzkassen gehören, ausgezeichnet worden. Aidlingen hat einen ausführlichen Gemeindeentwicklungsplan bis in das Jahr 2020 aufgestellt. Dort sind wesentliche Ziele und Maßnahmen der Gesundheitsförderung aufgeführt. Seit 2008 besteht ein Gesundheitsnetzwerk und die Bürgerschaft wird alle zwei Jahre über einen Fragebogen in die Gesundheitsförderung vor Ort einbezogen. Die Ergebnisse werden in einem Netzwerktreffen zu einem



FOTO: vick

DER FÖRDERPREIS „GESUNDE KOMMUNE“ steht unter der Schirmherrschaft von Barbara Bosch / Präsidentin des Städtetages Baden-Württemberg und Roger Kehle / Präsident des Gemeindetages Baden-Württemberg.

Maßnahmenpaket zusammengestellt und Schritt für Schritt umgesetzt. Mit der neuerlichen Auszeichnung wird nun die Gründung des Seniorennetzwerkes gewürdigt. Ein Ehrenamtstag im Frühjahr soll zudem das Ehrenamt in der Seniorenarbeit und darüber hinaus unterstützen. „Ziel ist es, Aidlingen zu einer gesunden, generationenfreundlichen und lebenswerten Gemeinde weiterzuentwickeln“, so Bürgermeister Fauth.

Für Roger Kehle, Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg „ist Gesundheit ein TOP-Thema in unseren Städten und Gemeinden. Nachdem der Förderpreis ‚Gesunde Kommune‘ 2014 zum zweiten Mal ausgelobt wurde, haben wir anhand der zahlreichen Einsendungen einmal mehr festgestellt, welch hohen Stellenwert Gesundheit in unseren Kommunen genießt. Viele kreative und innovative Ansätze haben uns erreicht, von der Errichtung generationenübergreifender Bewegungsangebote bis zur Qualifikation von Schülern zu ‚Gesundheitsbotschaftern‘ – Gesundheitsförderung in unseren Kommunen kennt kein Alter! Aktive Gesundheitsvorsorge ist angesichts der Herausforderungen des demografischen Wandels in den Städten und Gemeinden übrigens inzwischen ein essenzieller Standortfaktor.

Die Definition der Weltgesundheitsorganisation WHO von gesund ist ‚körperliches, geistiges und soziales Wohlbefinden‘. Unsere bisherigen Förderpreisträger haben diese Erklärung ausgezeichnet

umgesetzt und sind echte Vorbilder. Ich freue mich bereits jetzt auf die neuen Projekte, denn auch sie werden zweifellos zeigen, wie man das Thema Gesundheit vor Ort so verankert, dass es zum umfassenden Wohlbefinden der Einwohnerinnen und Einwohner beiträgt.“, so Roger Kehle in seinem Grußwort im Rahmen seiner Schirmherrschaft.

Und die Präsidentin des Städtetages Baden-Württemberg schreibt in Ihrem Grußwort: „Entgegen dem deutschen Sprichwort ‚Gesundheit schätzt man erst, wenn man sie verloren hat‘ übernehmen zahlreiche Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg präventiv Verantwortung und engagieren sich für den Erhalt der Gesundheit ihrer Bürgerinnen und Bürger. Mit dem Förderpreis ‚Gesunde Kommune‘ der B 52-VerbändeKooperation wurde im Jahr 2014 bereits zum zweiten Mal die Anerkennung und Wichtigkeit dieser kommunalen Gesundheitsförderung zum Ausdruck gebracht. Die acht Preisträger haben vorbildliche und innovative Konzepte in ihrer Kommune eingeführt und verstetigt, um ihre gesundheitliche Zielsetzung nachhaltig zu verankern. Die Ziele der Projekte reichen dabei von der positiven Veränderung des individuellen Verhaltens über die Information der Bürgerschaft bis hin zur Verankerung der gesundheitlichen Chancengleichheit. So hat sich einmal mehr gezeigt, dass die Städte und Gemeinden einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität und Gesundheit ihrer Bürgerinnen und Bürger leisten wollen und können.

Ich freue mich daher umso mehr, dass auch im Jahr 2015 das kommunale Engagement mit dem Förderpreispreis honoriert werden kann und bin gespannt auf weitere vielfältige und ideenreiche Projekte aus ganz Baden-Württemberg.“

Die B 52-VerbändeKooperation Baden-Württemberg schreibt 2015 den Förderpreis „Gesunde Kommune“ erneut aus. Das Preisgeld beträgt 5.200 Euro je ausgezeichneten Gemeinde/Stadt. Die Bewerbungsunterlagen können unter www.arge-b52.de heruntergeladen werden. ■

BÜCHER

Gesundheitswissenschaften

Die Bedeutung der Gesundheit nimmt in unserer Gesundheit stetig zu. Dieser Entwicklung tragen die Gesundheitswissenschaften Rechnung. Das Buch stellt die Grundzüge dieser jungen Wissenschaft beispielhaft dar, skizziert beteiligte Disziplinen, die von der Medizin bis hin zu den Wirtschaftswissenschaften reichen. Es zeigt auch wichtige Anwendungsfelder auf. Zu diesen zählen unter anderem die Gesundheitsförderung und Prävention, die ambulante und die stationäre Versorgung sowie Rehabilitation und die Pflege.



Cornelia Bormann
Gesundheitswissenschaften
Einführung
2012, 256 S., € 19,99
UVK Verlagsgesellschaft
Konstanz und München

BÜCHER

Gesundheitspolitik

Gesundheitspolitik hat das Ziel der Verbesserung des Gesundheitszustandes und der Versorgungsqualität für die gesamte Bevölkerung. Dieses Buch analysiert Institutionen, Normen, Akteure und Ressourceneinsatz im Hinblick auf ihren tatsächlichen und möglichen Beitrag zur Gesundheitspolitik, verstanden als gesellschaftliches Management von Gesundheitsrisiken vor und nach ihrem Eintritt – also in Prävention und Krankenversorgung.



Rosenbrock, Gerlinger
Gesundheitspolitik
Eine systematische Einführung
2014, 569 S., € 34,95
Huber-Verlag, Bern

Gesundheitsversorgung

Angesichts einer alternden Bevölkerung in Verbindung mit einem kostenintensiven medizinischen Fortschritt kommen auf Deutschland große Veränderungen in der Gesundheitsversorgung und in der Versorgung Pflegebedürftiger zu. Der Autor möchte erreichen, dass perspektivisch gedacht wird. Es muss mehr getan werden, als nur zu reagieren. Art und Umfang der Veränderungen sind eindeutig zu benennen. Er zeigt auf, was getan werden muss, um auf die zu erwartenden Umbrüche in der Gesundheitsversorgung vorbereitet zu sein.



Fritz Beske
Gesundheitsversorgung von morgen
2014, 133 S., € 29,80,
Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft Stuttgart

Gesundheitsdienstleistungen

Gesundheitsmärkte sind Wachstumsmärkte, die nicht mehr an den nationalen Grenzen halt machen. So nimmt der EU-Binnenmarkt für Gesundheitsdienstleistungen langsam Gestalt an. Dagegen ist man auf WTO-Ebene im Rahmen des Dienstleistungshandelsabkommens GATS davon noch weit entfernt, auch wenn das GATS langfristig ebenfalls einen höheren Grad an Marktöffnung anstrebt. Vor diesem Hintergrund behandelt die Autorin Chancen und Risiken des GATS für das deutsche Gesundheitssystem am Beispiel der gesetzlichen Krankenversicherung.



Juliane Hernekamp
Die Liberalisierung von Gesundheitsdienstleistungen nach dem Weltdienstleistungshandelsabkommen GATS
2013, 382 S., € 99,90, Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Honorar geregelt

Die Verhandlungen über das Honorar 2015 sowohl der Ärzte als auch der Zahnärzte in Baden-Württemberg konnte – an gemeinsamen Zielen orientiert – wiederum einvernehmlich zwischen der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) bzw. Kassenzahnärztlichen Vereinigung (KZV) Baden-Württemberg sowie den Krankenkassen mit ihren Verbänden im Land geregelt und abgeschlossen werden. Im kassenärztlichen Bereich bedeutet das Ergebnis insbesondere, dass die hochwertige medizinische Versorgung der Ersatzkassenversicherten im ambulanten Bereich in Baden-Württemberg in der gewohnten Qualität auch für 2015 sichergestellt ist. Die Krankenkassen beteiligen sich auch weiterhin finanziell an der notärztlichen Versorgung, so dass der durch die KV in diesem Bereich eingeschlagene Weg erfolgreich fortgesetzt werden kann. Eine weitere Förderung erhalten die Psychiatrischen Gesprächsleistungen. Alleine für die Erhöhung des regionalen Punktwertes stellen die Ersatzkassen 2015 einen zusätzlichen Betrag von ca. 16 Mio. Euro zur Verfügung. Damit unterstreicht der Südwesten erneut, dass die Handlungsfähigkeit der Selbstverwaltung im Rahmen ihrer Vertragspartnerschaft funktioniert.

Zukunft der Krankenhäuser

Baden-Württemberg vor der Wahl: Die Zukunft der Krankenhäuser im Land“ – Die B 52-Veranstaltung findet am 22. Oktober 2015 in Stuttgart statt. Den wissenschaftlichen Part bestreitet Dr. Boris Augurzky vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung. Daran schließt sich eine Podiumsdiskussion an.

Film für Gesundheitsministerin



FOTO: Sozialministerium Baden-Württemberg

Gesundheitsministerin Katrin Altpeter erhält von der B 52-Verbändekooperation Baden-Württemberg den Imagefilm über den Förderpreis „Gesunde Kommune“. Dieser wurde vom Krankenkassenbündnis im Südwesten konzipiert und informiert über die Ziele des Förderpreises „Gesunde Kommune“. Der Film wurde erstmals bei der gesundheitspolitischen Veranstaltung zum Thema „Umgesetzte Prävention und Gesundheitsförderung in Baden-Württemberg“ gezeigt. Die CD nebst Blumenstrauß wurden am Rande einer Arbeitssitzung des Runden Tisches Pflege am 1. Dezember von Konrad Ehing, Vorstandsvorsitzender des BKK Landesverbandes Süd (re.) und Frank Winkler/stellv. Leiter des Verbands der Ersatzkassen im Büro der Ministerin überreicht.

Herausgeber
Landesvertretung Baden-Württemberg des vdek
Christophstr. 7, 70178 Stuttgart
Telefon 07 11 / 2 39 54-19
Telefax 07 11 / 2 39 54-16
E-Mail frank.winkler@vdek.com
Redaktion Frank Winkler
Verantwortlich Walter Scheller
Druck Lausitzer Druckhaus GmbH
Konzept ressourcenmangel GmbH
Grafik schön und middelhaufe
ISSN-Nummer 2193-2220